

## Heiner Geißler: Plebiszite verhindern die Politik

Auch nach der Abstimmung im Deutschen Bundestag, mit der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland zu beginnen, fordern die Grünen, alternative Gruppen und einzelne Initiativen weiterhin eine Volksbefragung. Die Stationierung neuer Waffen sei eine Entscheidung von so elementarer Bedeutung für das Gemeinwesen, daß nur eine Befragung aller Bürger letztlich eine verbindliche Entscheidung herbeiführen könnte, wird behauptet. Aber wäre eine Volksbefragung in der Tat ein geeignetes Mittel, um den wahren Willen der Bürger zu ermitteln? Gewichtige Gründe sprechen dagegen.

Zunächst einmal ist die Antwort des Grundgesetzes eindeutig. Es kennt Volksentscheide — sieht man von Randbereichen kommunaler Selbstverwaltung und bundesstaatlicher Länderneugliederung einmal ab — nicht. Auch die Enquete-Kommission Verfassungsreform, die sich vor zehn Jahren mit Möglichkeiten zur Stärkung der politischen Mitwirkungsrechte der Bürger befaßte, hat sich in ihrem Schlußbericht 1976 dagegen ausgesprochen, weitere

plebiszitäre Elemente in das Grundgesetz aufzunehmen. Sie befürchtete, daß die repräsentativ-parlamentarische Demokratie nicht gestärkt, sondern eher geschwächt würde. Obwohl die Verfassung hier eindeutig ist, so muß doch die weitergehende Frage gestellt werden, ob es überhaupt im Sinne einer funktionierenden Demokratie vernünftig und sinn-

---

Heiner Geißler ist Bundesfamilienminister und Generalsekretär der CDU.

---

voll wäre, solche Entscheidungen durch eine Volksbefragung zu treffen.

Bei einer Volksbefragung über die Stationierung neuer Waffen würde der Kampf um Stimmen zum Alptraum. Es wäre kaum möglich, die Fakten und Argumente sorgfältig darzustellen, und der Bürger hätte keine Chance, eine rationale Entscheidung zu treffen. In einer Atmosphäre der Angst vor einem Krieg, der für den einzelnen kaum nachprüfbaren Details über waffentechnische Einzelheiten, reduzierte sich eine solche Volksbefragung auf die Frage: Wollt ihr im Atompliz verglühen? Wer könnte da schon mit Ja antworten.

Dies führt zu einem weiteren Problem. Wer die Frage formuliert, bestimmt die Antwort. Wir wissen aus den Meinungsumfragen der letzten Monate, daß sich diese Materie zu solchen Umfragen wenig eignet. Es gibt Bürger, die gegen Nachrüstung sind, zugleich aber auch gegen eine militärische Überlegenheit der Sowjetunion in Europa; andere sind für eine gleichgewichtige Abrüstung, aber für ein militärisches Gleichgewicht. Diese unterschiedlichen Ansichten durch eine Frage zu ergründen, wäre ein hoffnungsloses Unterfangen. Es gibt keine einfache Antwort auf dieses komplexe Thema.

Außerdem: Nach dem Plebiszit über den Nato-Doppelbeschluß käme — dies ist die politische Logik — die dann nicht minder wichtige Volksbefragung über die Nato und dann über die Zugehörigkeit zur EG — eine plebiszitäre Schraube ohne Ende.

Wer komplexe politische Fragen durch plebiszitäre Abstimmungen entscheiden will, begibt sich der Chance, das Zusammenleben der Bürger durch verantwortliche Politik zu gestalten. Politik besteht nicht aus einzelnen Fragen, die man zur

Abstimmung vorlegen kann, sondern Politik ist ein Gesamtzusammenhang, der sich aus vielen einzelnen, sehr unterschiedlichen Problemen zusammensetzt. Der Volksentscheid löst eine Einzelentscheidung aus dem Gesamtzusammenhang heraus und führt so zu einer Zufallspolitik, die weitgehend rationale Entscheidungen unmöglich macht.

Was für ein überschaubares Land — wie zum Beispiel die Schweiz — sinnvoll sein kann, ist es nicht für ein Land, in dem für 80 Millionen Menschen politische Entscheidungen getroffen werden müssen. Wer könnte angesichts vieler unbegreiflicher Verbrechen beispielsweise verhindern, daß bei uns durch Volksbefragung wieder die Todesstrafe eingeführt wird?

Die repräsentative parlamentarische Demokratie hat sich bewährt. Es gibt keine Gründe, die dafür sprechen, von diesem Prinzip zugunsten eines größeren plebiszitären Elements abzugehen.

---

Unsere Kolumnisten äußern hier ihre Meinung unabhängig von der Auffassung der Redaktion.